

Hasselblatt, Waldemar B.

**Article — Digitized Version**

## Grenzen und Möglichkeiten einer deutschen Entwicklungshilfe für Lateinamerika

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hasselblatt, Waldemar B. (1964) : Grenzen und Möglichkeiten einer deutschen Entwicklungshilfe für Lateinamerika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 8, pp. 329-335

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133412>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Grenzen und Möglichkeiten einer deutschen Entwicklungshilfe für Lateinamerika

Dr. Waldemar B. Hasselblatt, Bonn

*Hilfe zur Selbsthilfe – ist die vielzitierte Parole für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer. Es ist dabei letztlich gleichgültig, ob staatliche Hilfsmaßnahmen oder Privatinvestitionen die Basis für den „take off“ abgeben. Denn Alternativerwägungen über die zweckmäßigste Form der Entwicklungshilfe scheinen im gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch einer vernünftigen Grundlage zu entbehren. Unsere aus der Tradition begründeten Bemühungen, Lateinamerika zu unterstützen, bieten in diesem Zusammenhang ein plastisches Beispiel. Die Inflationen schreiten fort. Das Wirtschaftswachstum ist unzureichend. Eines allerdings wächst in Lateinamerika stärker als erwünscht, und das ist die Bevölkerung – und zwar in einem Ausmaß, das die größte Entwicklungshilfe illusorisch erscheinen läßt. Kompliziert wird das Gesamtbild durch die selbstzerstörerischen politischen Unruhen. Der Verfasser der folgenden Abhandlung unternimmt den Versuch, die Grenzen und Möglichkeiten einer deutschen Entwicklungshilfe für Lateinamerika zu bestimmen – ein Unterfangen, das sicherlich diffizil ist, doch notwendig, um die Möglichkeiten eigener Hilfe und die Voraussetzungen der zu erwartenden Selbsthilfe nicht zu überschätzen.*

## EIN SUBKONTINENT STÄRKSTER WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER GEGENSATZE

Mit den meisten lateinamerikanischen Staaten ist die Bundesrepublik durch langjährige, traditionelle Handelsbeziehungen verbunden (nach den USA ist hier oft die Bundesrepublik der größte Handelspartner!), und auch für Maßnahmen der deutschen Entwicklungshilfe liegen in diesen Ländern günstige psychologische Voraussetzungen vor, zumal sie als ein Gegengewicht zu dem sonst vorhandenen — und nicht gern gesehenen — Übergewicht der USA empfunden werden. Jedoch wird man bei der Abschätzung von Möglichkeiten der deutschen Entwicklungshilfe gut daran tun, sich vor Augen zu halten, daß der lateinamerikanische Subkontinent, der einschließlich Mexiko und Mittelamerika rund 20,5 Mill. qkm mit etwa 215 Mill. Einwohnern umfaßt<sup>1)</sup>, ein Gebiet stärkster wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze sowie erheblicher politischer und ökonomischer Instabilität darstellt, obwohl die meisten Länder seit rund anderthalb Jahrhunderten selbständige Staaten bilden.<sup>2)</sup>

Die Einkommensdifferenzen zwischen den einzelnen Staaten sind außerordentlich. Der Bogen spannt sich von Bolivien, Haiti und Paraguay mit einem Pro-Kopf-Einkommen von durchschnittlich 400 DM über eine u. a. von der Dominikanischen Republik, Ekuador, Honduras, Nicaragua und Peru gebildete zweite Gruppe mit einem etwas höheren durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, über eine dritte Gruppe, die etwa Brasilien, Kolumbien, Costa Rica und Mexiko umfaßt, zu einer Spitzengruppe, wozu Chile, Argentinien, Venezuela und Uruguay mit einem

durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 1500 bis 3200 DM gehören. Aber ebenso groß sind die Unterschiede innerhalb der Länder selbst. Neben krassem Reichtum steht die bedrückendste Armut, bei der die Menschen auf einem Subsistenzniveau dahinvegetieren und nicht in den normalen wirtschaftlichen Kreislauf einbezogen sind.<sup>3)</sup> In Haiti, Paraguay und Bolivien gehören zu dieser Kategorie nicht weniger als 75 % der Bevölkerung, in Kolumbien, Ekuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Peru immerhin noch rund 60 % und in Venezuela und Brasilien noch die Hälfte. Selbst in Argentinien, Chile, Costa Rica und Uruguay wird noch von einem knappen Drittel der Bevölkerung bezüglich Ernährung, Kleidung und Wohnung nur ein Stand erreicht, den man als völlig unbefriedigend bezeichnen muß. Dies gilt vor allem auch für große Teile der Landbevölkerung, und viele Sachverständige führen die geringe Leistungsfähigkeit der Lateinamerikaner auf die weitgehende Unterernährung zurück.

Die Armut der ländlichen Bevölkerung hängt eng zusammen mit der in fast allen Ländern Lateinamerikas nur als „unsozial“ zu bezeichnenden Bodenverteilung.<sup>4)</sup> Bodenreformen sind im Ansatz steckengeblieben oder am Widerstand mächtiger Interessenten gescheitert. Zwar sind detaillierte Angaben über die Bodenbesitzverhältnisse, wie sie z. B. Meitzen für das Königreich Preußen bereits Anfang des vorigen Jahrhunderts zusammenstellen konnte, kaum oder nicht vorhanden<sup>5)</sup>, doch hat man ermittelt, daß beispielsweise in Venezuela 3 % der Landbesitzer 90 % des Bodens gehören, daß in Argentinien kurz nach dem zweiten Weltkrieg über 18 % des kultivier-

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Stuttgart und Mainz 1963, S. 26.

2) Vgl. Richard F. Behrendt: „Die Situation in Lateinamerika“, in: „Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir“, Bern und Stuttgart 1961, S. 127 ff.

3) Vgl. Walter Frielingsdorf: „Lateinamerika im Aufbruch — Gegebenheiten und Möglichkeiten“, Hamburg 1963, S. 50 ff.

4) Vgl. Richard F. Behrendt, a.a.O., S. 134 ff.

5) Walter Frielingsdorf, a.a.O., S. 56 ff.

baren Bodens nur insgesamt 500 Landbesitzer verfügten, daß in Chile kurz vor dem Krieg 1,4 % der Landbesitzer Latifundien mit einem Anteil von 68 % des gesamten Bodens innehatten und daß in Bolivien 1950 70 % des Bodens in Händen von nur 4,5 % der Landbesitzer waren. Für ganz Lateinamerika wird geschätzt, daß weniger als 5 % der Landbesitzer über 70 % des landwirtschaftlich geeigneten Bodens verfügen. Da nur ein verhältnismäßig kleiner Teil dieses Bodens bearbeitet oder durch Viehzucht genutzt wird, ergibt sich vielfach eine Knappheit an Nahrungsmitteln, zumal in verschiedenen Ländern die Landwirtschaft — oft in Verbindung mit der Struktur des Bodeneigentums — deutliche Züge einer Monokultur trägt. Aus der Notwendigkeit, Lebensmittel einzuführen, resultiert wiederum ein Teil der Zahlungsbilanznöte der lateinamerikanischen Staaten.

Der bisherige wirtschaftliche Fortschritt in Lateinamerika ist überwiegend den wirtschaftlich und sozial privilegierten Schichten zugute gekommen, während die Masse der arbeitenden Bevölkerung immer noch weitgehend auf der Schattenseite der Entwicklung steht. Dabei haben die einseitige Förderung industrieller Produktionen in städtischen Ballungsräumen und die Proklamierung oft zu hoch gesteckter Entwicklungsziele seitens der Regierungen auch noch in vielen Fällen nicht zu erfüllende Erwartungen in den Reihen der auf niedrigem Daseinsniveau lebenden ländlichen Bevölkerung geweckt und zu einer hohen Abwanderung in die industrialisierten Zentren geführt, die in ihrem Ausmaß eine ökonomische, soziale und gesellschaftspolitische Gefahr bedeutet.<sup>6)</sup>

Cum grano salis kann man feststellen, daß, obwohl für eine Reihe von Ländern makroökonomisch in sich konsistente und sich in vernünftigen Grenzen bewegende Entwicklungspläne vorliegen, die Wirtschaftspolitik der Regierungen fast überall im Zeichen einer Überschätzung der gegebenen Möglichkeiten steht. Dies hat in der Folge gefährliche inflationäre Entwicklungen gezeitigt, die notwendige Korrekturen der Einkommensverteilung und ein in sich proportioniertes Wachstum dieser Länder verhindern.

Schließlich wird die Entwicklung auch noch durch die nahezu explosive Dynamik in der Bevölkerungszunahme Lateinamerikas erschwert, die die diesbezüglichen Daten in Asien und Afrika bei weitem übertrifft. In sehr vielen lateinamerikanischen Ländern liegt die Zuwachsrate je Jahr höher als 2,5 %, in Venezuela beträgt sie sogar 3,7%.<sup>7)</sup> Dabei muß man sich vor Augen halten, daß bei einem Zuwachs von 3 % jährlich sich die Bevölkerung in 25 Jahren verdoppelt.

<sup>6)</sup> Vgl. Richard F. Behrendt, a.a.O., S. 150.

<sup>7)</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 31<sup>7</sup>.

#### BISHERIGE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSHILFE FÜR LATEINAMERIKA

Wie ist Lateinamerika bisher im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe bedacht worden?

Wohl nicht zuletzt von den Erwägungen ausgehend, daß verschiedene Regionen Lateinamerikas ein bevorzugtes Feld der deutschen privaten Investitionstätigkeit darstellen und daß Lateinamerika als Ganzes ohnehin in hohem Maße Ziel der Hilfe der USA ist, ist von den bis Ende 1963 insgesamt 7,5 Mrd. DM betragenden Zusagen an Kapitalhilfe nur ein verhältnismäßig geringer Anteil, nämlich 540 Mill. DM, lateinamerikanischen Staaten zugute gekommen. In erster Linie sind Brasilien (200 Mill. DM), Chile (170 Mill. DM), Peru (80 Mill. DM) und Bolivien (40 Mill. DM) bedacht worden.

Im Rahmen der deutschen technischen Hilfe kam Lateinamerika eine etwas größere Bedeutung zu. Von den 1956 bis 1963 eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen mit einem Aufwand von rund 790 Mill. DM sind reichlich 90 Mill. DM auf die Länder Lateinamerikas entfallen, und zwar mit einer deutlich erkennbaren Zunahme von Jahr zu Jahr. Wenngleich vor allem Brasilien (19 Mill. DM), Bolivien (10 Mill. DM), Chile (8 Mill. DM) sowie Haiti und Peru technische Hilfe zuteil geworden ist, so ist doch andererseits kaum ein lateinamerikanisches Land in den vergangenen Jahren nicht in den Genuß bestimmter Maßnahmen dieser Hilfe gekommen. In der Hauptsache handelte es sich hierbei um die Bereitstellung von Lehrkräften und um andere Hilfe beim Aufbau landwirtschaftlicher und technischer Schulen sowie um land- und forstwirtschaftliche, bodenkundliche und volkswirtschaftliche Beratungstätigkeit.

Im Zusammenhang mit den Projekten der technischen Hilfe und der Kapitalhilfe wurde auch eine Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der lateinamerikanischen Länder betrieben. Mit einem Betrag von rund 5 Mill. DM (das sind etwa 20 % der insgesamt für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Summe) ist die Ausbildung von 357 Praktikanten, die in der Hauptsache aus Chile, Bolivien, Costa Rica, Mexiko und Brasilien stammten, finanziert worden. Hierbei ist zu bemerken, daß angesichts der erheblich ins Gewicht fallenden Reisekosten die Ausbildung lateinamerikanischer Praktikanten höhere Beträge erfordert als die von Praktikanten aus Entwicklungsgebieten, die verkehrsgünstiger liegen. Mit Aufgaben der Ausbildung in Lateinamerika befassen sich übrigens auch die Hilfswerke der Kirchen, teilweise unter Zuhilfenahme von Bundeszuschüssen.

Es wird oft nicht genügend gewürdigt, daß auch die Übernahme von Bürgschaften und Garantien in einem sehr erheblichen Umfang eine besondere Form der Entwicklungshilfe darstellt. Das gesamte vom Bund übernommene Obligo im Ausfuhrgeschäft für Finanzkredite, Kapitalanlagen und Um-

schulungsmaßnahmen betrug Ende 1963 ungefähr 18 bis 20 Mrd. DM.<sup>8)</sup> Obwohl eine Aufteilung nach Ländern und Gebieten nicht existiert, wird man annehmen können, daß davon den lateinamerikanischen Staaten zwischen einem Viertel und einem Fünftel zugute gekommen ist. Dabei dürfte vor allem die Garantieübernahme im Ausfuhrgeschäft und für die eng damit zusammenhängenden ungebundenen Finanzkredite eine erhebliche Bedeutung für die Finanzierung der Investitionsgüterimporte der lateinamerikanischen Länder haben. Auch den Bundesbürgschaften für Umschulungsmaßnahmen, wie sie in Argentinien, Brasilien und Chile getroffen worden sind, kommt eine echte Entwicklungsfunktion zu, freilich nur dann, wenn diese Länder sie dazu benutzen, die Ursachen für die Zahlungsbilanzschwierigkeiten, nämlich eine inflationistische und die volkswirtschaftlichen Gegebenheiten zu wenig berücksichtigende Wirtschaftspolitik, zu beseitigen.

Nachdem von den 6 Mrd. DM deutscher Privatinvestitionen, die 1952 bis 1963 im Ausland getätigt wurden, rund 1,5 Mrd. DM nach Lateinamerika geflossen sind — und zwar in erster Linie nach Brasilien (800 Mill. DM), Argentinien (273 Mill. DM), Mexiko (75 Mill. DM) und Kolumbien (68 Mill. DM) —, ist in letzter Zeit ein spürbares Nachlassen dieses Kapitalstromes festzustellen. Mögen für diese Entwicklung auch Transfer- und Eigentumsrisiken eine Rolle spielen, so dürfte jedoch der entscheidende Grund in den wirtschaftspolitischen Verhältnissen und der damit eng zusammenhängenden politischen Instabilität zu suchen sein, zumal Versuche der Bundesrepublik, durch Abschluß zweiseitiger Investitionsschutzverträge zur Verbesserung des Investitionsklimas beizutragen, bisher auf ein verhältnismäßig geringes Verständnis bei den lateinamerikanischen Staaten gestoßen sind.

#### HOHER INVESTITIONSBEDARF — GRENZEN DER AUSLANDSVERSCHULDUNG — NOTWENDIGE SELBSTHILFE

Es wäre kurzfristig, wollte man das Stagnieren privater deutscher Quellen zum Anlaß nehmen, um einer Verstärkung der öffentlichen deutschen Hilfe — sei es in Form der Übernahme von Garantien für private Kapitalanlagen, sei es in Form der (direkten) öffentlichen Kapitalhilfe — das Wort zu reden. Denn eine solche Verstärkung der öffentlichen Hilfe würde bedeuten, daß die Risiken, die die private Wirtschaft zu tragen nicht gewillt ist, nun dem Staat aufgelastet würden. Ganz abgesehen davon sind die für die Kapitalhilfe verfügbaren Mittel des Bundeshaushaltes beschränkt, während der Kapitalbedarf der lateinamerikanischen Staaten — nach Woytinsky<sup>9)</sup> nicht „unterentwickelte“, sondern „ungleichmäßig entwickelte“ Volkswirtschaften — in jedem Falle die Möglichkeiten der Bundesrepublik übersteigt. Der Investitionsbedarf der lateinamerikanischen

Staaten wurde für die Zeit von 1962 bis 1971 vom Vorsitzenden des Interamerikanischen Komitees der Allianz für den Fortschritt (CIAP) auf der Tagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) im April 1964 mit 120 bis 150 Mrd. \$ beziffert, sofern eine Wachstumsrate des Sozialproduktes von 2,5 % je Kopf und Jahr vorausgesetzt werde, was ein proklamiertes Ziel der Allianz für den Fortschritt ist.<sup>10)</sup> Auf der gleichen Tagung ist aber vom Präsidenten der IDB betont worden, daß sich die Währungsschulden Lateinamerikas zwischen 1957 und 1963 ungefähr verdoppelt hätten (sie wären von rund 5 Mrd. \$ auf 9,5 Mrd. \$ gestiegen). In diesem Jahr müßte Lateinamerika als Ganzes bereits 17 % seiner Exporterlöse für die Bedienung von Auslandsschulden bereitstellen, wobei dieser Satz, der vor fünf Jahren noch 7 bis 8 % betragen hätte, bei einigen Ländern bald 25 bis 35 % erreichen werde. Wegen der sich damit deutlich abzeichnenden Grenzen für eine Auslandsverschuldung wird es also künftig noch dringlicher werden, bei den benötigten Investitionen zu erheblichen Teilen auf einheimische Quellen zurückzugreifen. In den oben zitierten Schätzungen über den Investitionsbedarf wird daher auch angenommen, daß rund 80 % der benötigten Kapitalien durch einheimische Ersparnisse aufgebracht werden.

Diese auf 90 bis 115 Mrd. \$ zu beziffernde finanzielle Selbsthilfe werden die lateinamerikanischen Länder aber nur leisten können, wenn die „inneren“ Voraussetzungen für eine gesunde ökonomische Entwicklung geschaffen werden. Daher fordert die Allianz für den Fortschritt u. a. die Durchführung von Agrarreformen, eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Grundlagen bei den Ländern mit weitgehender Monokultur, realistische Steuer- und Verwaltungsreformen, einen radikalen Ausbau des Schul- und Bildungswesens, einschließlich der Erwachsenenbildung, und eine zunehmende marktmäßige Integration der lateinamerikanischen Länder untereinander.<sup>11)</sup>

Durch Agrarreformen vor allem bei nicht bereits bebauten, sondern von ihren Besitzern nicht oder nicht ausreichend genutzten Böden, wird die Kaufkraft der Massen der Landbevölkerung gehoben und gleichzeitig durch das Abgehen von den Monokulturen die Produktion an Lebensmitteln gesteigert werden können. Da nämlich die Erzeugnisse der Monokulturen meist nur von geringer Preis- und Einkom-

<sup>10)</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. 4. 1964 (Fernaussgabe, Nr. 112), Blatt 10.

<sup>11)</sup> Vgl. Siegfried Garbuny: „Die Revolution der Allianz für den Fortschritt“, in: Außenpolitik, Stuttgart 1963, S. 318 ff, sowie „avc“: „Die Allianz für den Fortschritt“, in: Offene Welt, Köln und Opladen 1963, Nr. 80, S. 191 ff. Inzwischen dürfte sich durch die Ernennung von Walt W. Rostow zum neuen USA-Vertreter im Interamerikanischen Komitee der Allianz für den Fortschritt gezeigt haben, daß Präsident Johnson die Politik der USA im Rahmen dieser Institution nicht nur fortzusetzen, sondern auch zu aktivieren beabsichtigt; allerdings dürften die USA in Einzelfragen, z. B. in der Förderung der Reformen anstrebenden Kräfte, künftig pragmatischer vorgehen als bisher. Die Bemerkungen Präsident Johnsons auf der Zusammenkunft der Botschafter der an der Allianz für den Fortschritt teilnehmenden Staaten im Mai d. J. in Washington weisen in die gleiche Richtung (vgl. Amerika-Dienst. Hrgs. Botschaft der USA, Bad Godesberg, 11. Mai 1963).

<sup>8)</sup> Sog. Obligo-Statistik.

<sup>9)</sup> W. S. Woytinsky: „The U.S. and Latin America's Economy“, 1958, S. 8.

menselastizität sind, ihre Ausfuhrmöglichkeiten dem Werte nach also kaum nennenswert gesteigert werden könnten, wird die Importsubstitution durch Erzeugung von Lebensmitteln zu einer Entlastung der Handelsbilanz in dem Sinne führen, daß Devisenerlöse, die für bisher eingeführte Lebensmittel benötigt wurden, nun für Kapitalgüterimporte frei werden.

Steuerreformen können eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen bewirken, wenn es gelingt, die bisher auf jährlich 2 bis 3 Mrd. \$ geschätzten Steuerhinterziehungen<sup>12)</sup> in Lateinamerika zu beseitigen und wenn andererseits durch ein System progressiver Einkommensteuern die Zensiten stärker nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert würden. Durch eine gleichzeitige Reform der öffentlichen Verwaltung (Abbau des aufgeblähten Apparates und Beseitigung der Korruption) könnten die bisherigen Ausgaben der Staatshaushalte so gesenkt werden, daß dadurch (und durch das Steuermehraufkommen infolge der Steuerreformen) den Haushalten — nach US-amerikanischen Schätzungen — etwa 5 bis 6 Mrd. \$ jährlich mehr Mittel zur Verfügung stünden als bisher.

Durch einen Ausgleich der Haushalte wäre zugleich ein wesentlicher Inflationsfaktor beseitigt. Mit der Eindämmung von Inflation und Korruption, den Hauptursachen für die auf 1 bis 2 Mrd. \$ jährlich zu beziffernde Kapitalflucht, würde auch dieser selbst der Boden entzogen und damit eine weitere Ursache der lateinamerikanischen Zahlungsbilanznöte eliminiert.

#### SICHERUNG EINES OPTIMALEN ERGEBNISSES FÜR DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSHILFE

Da es nun eine entwicklungspolitisch unbestreitbare Tatsache ist, daß fremde Maßnahmen sich um so fruchtbarer auswirken, je stärker das eigene Wollen und Vollbringen engagiert sind, wäre zu erwägen, die deutschen Hilfsmaßnahmen schwerpunktmäßig dort einzusetzen, wo die von der Allianz für den Fortschritt geforderte Selbsthilfe bereits gewisse Erfolge zu verzeichnen hat. Denn für die deutsche öffentliche und private Entwicklungshilfe für Lateinamerika, die angesichts der oben genannten Zahlen wenig mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein ist, stellt sich die Frage, wie sie sich trotzdem ökonomisch, politisch und sozial einen optimalen Effekt sichern kann.

#### Kritische Würdigung der bisherigen Kapitalhilfe

Dabei wird man auch nicht umhin können, die bisherige Art der Gewährung von Kapitalhilfe einer kritischen Durchleuchtung zu unterziehen. Man hat im Zusammenhang mit dieser Hilfsform nicht ganz zu Unrecht davon gesprochen, daß damit der „Entwicklungspolitiker zum Vollzugsorgan der Lobby der Industrie

und deren Exportinteressen geworden“<sup>13)</sup> sei, denn häufig werden die Projekte in der Tat nicht nach entwicklungspolitischen, sondern nach exportwirtschaftlichen Gesichtspunkten gewählt.

Wegen der Schwierigkeit der kredit-, betriebs- und volkswirtschaftlichen Projektführung und des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes hat sie zudem Großprojekte gefördert, wenn nicht gar die ohnehin schon bestehenden Tendenzen zu einer Verstärkung der staatlichen Eigentätigkeit auf dem Gebiet der Industrie. Den in Lateinamerika durchaus vorhandenen privatwirtschaftlichen Ansätzen würde es besser entsprechen, wenn z. B. die Kapitalhilfe mit bestimmten Auflagen Entwicklungsbanken zur Verfügung gestellt werden würde, die damit ihrerseits vor allem Klein- und Mittelbetriebe, Genossenschaften, bestimmte Teilprogramme und dgl. finanzieren könnten.

#### Anpassung an die ökonomischen Bedingungen

Ferner müßte, ungleich stärker als bisher, bei Projekten der Kapitalhilfe das Augenmerk auf einen hohen Beschäftigungseffekt gerichtet sein: sei es daß Industrien mit einer größeren Arbeitsintensität der Vorzug gegeben wird, sei es, daß unter mehreren möglichen Verfahren das gewählt wird, das angesichts der meist vorhandenen Vielzahl unterbeschäftigter Arbeitskräfte den bestmöglichen Effekt zu erbringen in der Lage ist. Denn die Verwendung von Kapital zum Ersatz von Arbeitskräften wäre in diesem Falle eine ausgesprochene Verschwendung, und man darf sich auf seiten der „Praktiker“ dann nicht wundern, wenn das Sozialprodukt nicht wie erwartet wächst!<sup>14)</sup>

In diesem Zusammenhang sollte auch die Frage geprüft werden, auf die L. J. Zimmerman immer wieder hinweist<sup>15)</sup>, ob nicht einfach zu bedienende Maschinen und Werkzeuge, die nicht nur wesentlich billiger, sondern auch weniger arbeitssparend sind, für die Verwendung in den lateinamerikanischen Staaten, wie überhaupt in Entwicklungsländern, konstruiert werden könnten. Auch dem Export gebrauchter Maschinen aus der Ausstattung deutscher Unternehmungen, die ebenfalls relativ billig und weniger arbeitssparend sind, käme für bestimmte lateinamerikanische Länder eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Bei der Auswahl von Industrieprojekten wäre im übrigen in erster Linie an solche zu denken, bei denen der Kapitalkoeffizient (capital-output ratio) besonders niedrig liegt, d. h. der Wert der Produktion, gemessen am eingesetzten Kapital, ein besonders hohes Ausmaß zu erreichen verspricht. Entwicklungs-

<sup>13)</sup> Vgl. „Arme und reiche Länder“, in: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft, Bonn, Sonderbeilage zu Nr. 10/64, S. 6.

<sup>14)</sup> Vgl. W. A. Lewis: „Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums“, deutsche Übersetzung von Herbert von Beckerath, Tübingen und Zürich 1956, S. 229.

<sup>15)</sup> Vgl. L. J. Zimmerman: „Arme und reiche Länder“, deutsche Übersetzung von W. Hankel, Köln 1963, S. 192.

<sup>12)</sup> Walter Frielingsdorf: „Lateinamerika im Aufbruch — Gegebenheiten und Möglichkeiten“, a.a.O., S. 89.

ökonomisch gesehen<sup>16)</sup> verlangen in Lateinamerika die konsumnäheren, auf den inneren Bedarf abgestellten Industriezweige und die Verarbeitung eigener Rohstoffe (z. B. Baumwolle, Babaçu-Olfrucht, mineralische Bodenschätze, Holz)<sup>17)</sup> eine eindeutige Bevorzugung gegenüber den „Paradepferden“ der Stahlwerke und des Maschinenbaus, die hier meist relativ unproduktiv sind — vielleicht mit Ausnahme von Mexiko und Brasilien, wo infolge des weiter fortgeschrittenen Entwicklungsstadiums die Produktion von dauerhaften Gebrauchsgütern und von Produktionsmitteln einfacher Art bereits erste Exporterfolge zeitigt. Doch selbst für den Nordosten Brasiliens ist die Frage noch zu untersuchen, ob nicht dort auf der Grundlage vorhandener Rohstoffe geschaffene verarbeitende Industrien als „pilot-industries“ klein- und mittelbetrieblicher Organisation am besten geeignet sind, die Wirtschafts- und Sozialstruktur dieses Notstandsgebietes zu ändern.

In der letzten Konsequenz müßte bei der Gewährung von Kapitalhilfe die ökonomische Bedeutung des Projektes für die künftige Entwicklung des betreffenden lateinamerikanischen Landes und für seinen Platz in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung im Zentrum der Überlegungen stehen, indem etwa gefragt wird, welche Kostenvorteile gerade für diese Art Industrie sprechen bzw. welche Exportmöglichkeiten sich damit auf den Märkten der übrigen lateinamerikanischen Staaten und dem Weltmarkt ergeben. Damit eng im Zusammenhang steht dann die Frage, ob die voraussichtliche Produktion auch einen ausreichenden „inneren“ Absatzmarkt vorfinden wird, denn der Export von Industrieprodukten hängt in sehr erheblichem Maße von dem Bestehen eines entsprechenden Binnenmarktes ab. Es ist wahrscheinlich, daß z. B. einige Länder Mittelamerikas trotz aller Hilfsmaßnahmen in absehbarer Zeit nicht zu Marktgrößen gelangen, die den Aufbau optimaler Produktionskapazitäten, abgesehen vielleicht von einigen Konsumgüterindustrien, erlauben. Das Problem der nicht ausreichenden Absatzmärkte, die „Marktlücke“, wird sich im übrigen um so stärker stellen<sup>18)</sup>, je mehr die industrielle Entwicklung des betreffenden lateinamerikanischen Landes voranschreitet, d. h. je mehr Industrieproduktionen aufgenommen werden, die nur nach dem Prinzip der Massenerzeugung rentabel arbeiten können. Es wird also notwendig sein, Überlegungen anzustellen — wohl in enger Zusammenarbeit mit der Allianz für den Fortschritt —, wie die

durch die verhältnismäßig kleinen Märkten gesetzten Grenzen für optimale Produktionskapazitäten durch Einbeziehung der Märkte der Nachbarstaaten erweitert werden können.

#### Verlegung des Schwergewichts auf andere Formen der Entwicklungshilfe

Angesichts der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den lateinamerikanischen Staaten und der Größe des Kontinents ergibt sich aber überhaupt die Frage, ob nicht mit der Gewährung anderer Formen der Entwicklungshilfe eher optimale Ergebnisse erzielt werden können als mit der Kapitalhilfe. Erscheint nicht der Einsatz anderer Hilfsformen geeigneter, eine Struktur schrittweise zu ändern, in der bisher die überwiegende Anzahl von Menschen nicht die Möglichkeit zu selbständigem oder freiwilligem kollektivem Handeln gehabt hat<sup>19)</sup>, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Menschen einsehen, daß es sich auch für sie lohnt, länger, besser, fachlich ausgebildet und regelmäßig zu arbeiten? Sollten die deutschen Maßnahmen nicht eher dazu eingesetzt werden, den zurückgebliebenen menschlich-sozialen, insbesondere den ländlichen Unterbau so zu kräftigen, daß er den oft unproportionierten und vielfach nicht soliden industriellen und verwaltungsmäßigen Überbau dieser Staaten besser tragen kann?<sup>20)</sup>

Insbesondere könnte eine Intensivierung der technischen Hilfe im Bereich der Landwirtschaft großen Nutzen stiften. Es wäre an eine Verstärkung der Hilfsmaßnahmen beim Aus- und Aufbau eines wirkungsvollen Genossenschaftswesens, bei der Schaffung von landwirtschaftlichen Versuchsstationen und Beratungsstellen für eine zweckmäßige landwirtschaftliche Betriebsführung, Fruchtfolge, Viehzucht und bei Meliorationen, Bewässerungs-, Urwaldrodungs- und Steppenbodenverbesserungsarbeiten sowie ferner und besonders an eine Forcierung der Hilfe beim Aufbau eines landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Schulwesens zu denken. Durch eine systematische Produktions- und Absatzberatung, in Verbindung mit ländermäßigen Produktions- und Marktstudien, könnte schließlich die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten, die mehr oder minder in jedem der Staaten vorliegt<sup>21)</sup>, wieder wettgemacht werden. Schon durch verhältnismäßig geringe Grundinvestitionen könnte dann die Landwirtschaft, für die in den meisten lateinamerikanischen Ländern echte und natürliche Kostenvorteile vorliegen, nach und nach für die wachsende Bevölkerung der Städte mehr Nahrungsmittel erzeugen, die bestehenden Monokulturen abbauen und statt dessen eine Vielfalt industrieller Rohstoffe und agrarischer Exportprodukte liefern, die steigende Produktion der Industrie als kaufkräftiger

<sup>16)</sup> Vgl. Walter G. Hoffmann: „Stadien und Typen der Industrialisierung“, Jena 1931, S. 19 ff., wonach der Industrialisierungsprozeß normalerweise mit der Produktion von Konsumgütern beginnt; siehe hierzu auch Sigurd Klatz: „Zur Theorie der Industrialisierung“, Köln und Opladen 1959, S. 51, und Otfried Fröhlich: „Die Wirkungen der Industrialisierung junger Länder auf ihre Einfuhr“, Dresden 1936, S. 62 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. auch Chr. Wilhelms: „Möglichkeiten für eine Steigerung der brasilianischen Exporte durch Angebotsdiversifizierung“, Hamburg 1964, 2 Bde. Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, 1963 und 1964.

<sup>18)</sup> Vgl. Klaus Billerbeck: „Die Konsequenz der Industrialisierung der Entwicklungsländer für die Industrieländer“, Köln und Opladen 1964, S. 15 ff.

<sup>19)</sup> Vgl. Richard F. Behrendt, a.a.O., S. 137.

<sup>20)</sup> Vgl. Richard F. Behrendt, a.a.O., S. 144.

<sup>21)</sup> Vgl. Klaus Billerbeck, a.a.O., S. 26.

Absatzmarkt abnehmen und endlich durch wachsende Einkommen zu einem Anstieg der Steuereinnahmen der Staaten beitragen.

Die Hilfe wäre nicht vollständig, wenn sie nicht gleichzeitig das „community development“ in den ländlichen Gebieten mit einschloße. Hier käme ebenfalls Selbsthilfeorganisationen genossenschaftlichen Charakters eine spezifische Aufgabe zu, da das Genossenschaftswesen wie kaum eine andere Einrichtung vorhandene Ansätze zur Selbsthilfe und zur Selbstverwaltung (z. B. die indianischen Comunidades<sup>22)</sup> zu kräftigen und zur Entfaltung zu bringen in der Lage ist. Auf jeweils übersehbare Regionen beschränkt, könnte in diesem Rahmen auch die brachliegende Arbeitskraft von Tausenden für bestimmte Gemeinschaftsaufgaben eingesetzt werden, wie für Straßenbau, Flußregulierung, Bewässerungsvorhaben, Ödlandkultivierung, Aufforstung usw. Dem Deutschen Entwicklungsdienst böte sich hier eine dankbare Aufgabe der Anleitung. Die hierfür benötigten, relativ geringen finanziellen Mittel (einfaches Gerät, einheimische Baumaterialien) müßten in Landeswährung bestehen und könnten aus Gegenwertmitteln zur Verfügung gestellt werden (Rückzahlung gewährt Devisenkredite in Landeswährung), eine Hilfsform, deren Bedeutung über die eben genannten Möglichkeiten hinausgeht und der deshalb künftig eine größere Rolle unter den deutschen Hilfsmaßnahmen zugewiesen werden sollte.

Neue Wege könnten auch im Bereich der gewerblichen Ausbildung gegangen werden. Beispielsweise braucht sich die technische Hilfe nicht auf den Ausbau des gewerblichen und technischen Schulwesens und die Bereitstellung von Lehrkräften zu beschränken. Vielmehr sollte stärker als bisher und in Verbindung mit den Gewerbeschulen die Ausbildung in Lehrlingswerkstätten deutscher Firmenniederlassungen gefördert werden, indem diesen die Möglichkeit erleichtert wird, solche Werkstätten über den eigenen Bedarf hinaus in den lateinamerikanischen Ländern einzurichten. In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen, ob nicht Arbeitskräfte aus den lateinamerikanischen Ländern für die Beschäftigung in der Bundesrepublik angeworben werden sollten, nachdem die Quellen aus europäischen Entwicklungsländern wegen des fortschreitenden eigenen Arbeitskräftebedarfs weniger stark fließen.

Da in zunehmendem Maße allgemein anerkannt<sup>23)</sup> wird, daß die Bekämpfung des Analphabetentums für die

<sup>22)</sup> Ähnlich auch Richard F. Behrendt: „Richtungslose Entwicklungspolitik und Möglichkeiten neuer Wege. Beobachtungen in Lateinamerika“, in: *Offene Welt*, Köln und Opladen 1963, Nr. 80, S. 206: „... Demokratisierung kann... zunächst erst bei Kleinen Sozialgebilden einsetzen, die für den einzelnen, auch wenn er Analphabet ist, noch überschaubar sind. Es müssen Niveaus der Diskussion und der Entscheidung gefunden werden, die dem einzelnen, auch wenn er einfacher Landarbeiter, Bauer oder Handwerker ist, auf Grund seiner Erfahrung noch einsichtig sind.“

<sup>23)</sup> Z. B. zeigen dies die Diskussionen auf dem von der UNESCO im April und Mai 1964 veranstalteten Seminar über „Problems and Strategies of Educational Planning in Latin America“.

Entwicklung eines Landes von größerer Bedeutung ist als Investitionen im Bereich des Fachschulwesens, und da andererseits die technischen Fertigkeiten und Kenntnisse allein nicht genügen, es vielmehr darauf ankommt, bestimmte moralische und soziale Eigenschaften zu fördern, die zur Menschenführung befähigen, ergibt sich die Notwendigkeit, sich dem Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens besonders intensiv zu widmen. Der Einsatz der deutschen „Bildungshilfe“ stünde hier angesichts des Ausmaßes des Analphabetentums in Lateinamerika vor einer besonders wichtigen und dankbaren Aufgabe. Der Prozentsatz der Analphabeten<sup>24)</sup> beträgt nämlich u. a. in Haiti, Bolivien, Guatemala, Honduras, Peru, Venezuela, Brasilien und Ecuador zwischen 50 und 90 Prozent. Die wenigstens Analphabeten sind in Kuba, Costa Rica, Uruguay und Argentinien zu registrieren. Immerhin können aber selbst in Argentinien noch nahezu 10 Prozent der Bevölkerung nicht schreiben und lesen. Anknüpfend an die in einigen lateinamerikanischen Ländern vorhandenen deutschen Bildungseinrichtungen und den guten Ruf, den vor allem die deutsche Naturwissenschaft seit Alexander von Humboldt in Lateinamerika genießt, sollte sich die deutsche Bildungshilfe vor allem auch den Ausbau des höheren Bildungswesens angelegen sein lassen, zumal hier nach internationalen Erfahrungen die größten Multiplikatoreffekte zu erwarten sind.<sup>25)</sup> Diese Hilfe könnte in ihrer Breiten- und Tiefenwirkung durch eine enge Zusammenarbeit mit den Hilfswerken der Kirchen und eine Koordinierung mit Hilfsmaßnahmen privater Organisationen intensiviert werden.<sup>26)</sup>

Selbst wenn die eine Verelendung der Massen nicht verhindernden und auch sonst sozial bedenklichen industriellen Großprojekte weitgehend vermieden werden, so wird doch manchmal nicht zu umgehen sein, daß auch Projekte kleineren Umfangs sich auf Bevölkerungen und Bevölkerungsteile sozial im negativen Sinn auswirken. Deshalb müßte die technische Hilfe auch die Form einer Sozialstrukturhilfe annehmen. Bei Projekten der Kapitalhilfe und bei Vorhaben, die mit Krediten finanziert werden, für die die Bundesregierung Bürgschaften und Garantien übernommen hat, wäre eine Prüfung auf die sozialen Konsequenzen und allfälligen negativen Auswirkungen — und zwar vorher und während der Durchführung der Projekte — vorzuschreiben, und entsprechende Hilfsmaßnahmen wären anschließend zu treffen.

Diese — natürlich nur skizzenhaft — aufgezeigten Möglichkeiten einer Verstärkung des Einsatzes der technischen Hilfe in allen ihren Einsatzformen haben natürlich eine Erweiterung des hierfür in Betracht

<sup>24)</sup> Walter Frielingsdorf: „Lateinamerika im Aufbruch — Gegebenheiten und Möglichkeiten“, a.a.O., S. 53.

<sup>25)</sup> Vgl. das eben genannte UNESCO-Seminar.

<sup>26)</sup> Es wäre auch zu überlegen, ob nicht eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den deutschen Gewerkschaften und insbesondere den in letzter Zeit in Lateinamerika prononcierter hervortretenden christlichen Gewerkschaften ins Auge gefaßt werden sollte.

kommenen Stammes an Experten und an anderen geeigneten Personen zur Voraussetzung. Mit der Schaffung des Deutschen Entwicklungsdienstes sind die ersten Schritte in dieser Richtung zwar getan worden. Aber was noch zu tun ist, zeigt sich aus der Gegenüberstellung, daß in der Bundesrepublik durch öffentliche Entwicklungshilfemittel nur etwa 700 Experten in Entwicklungsländern finanziert werden, während es in den USA rund 11 000 und in Frankreich sogar an die 46 000 sind.<sup>27)</sup>

Schließlich müßten sich die deutschen Hilfsmaßnahmen auch darauf einstellen, daß es den meisten lateinamerikanischen Staaten bei größter Anstrengung, die Monokulturen zu eliminieren, nicht innerhalb weniger Jahre gelingen kann, ihre einseitigen, auf wenige Waren ausgerichteten Exporte auf eine breitere Basis zu stellen. Um einen Begriff von dieser Einseitigkeit zu geben, sei erwähnt, daß z. B. 50 bis 60 Prozent der Ausfuhr in Brasilien, Costa Rica und Kolumbien auf Kaffee und in Ekuador und Honduras auf Bananen entfallen, 60 Prozent in Uruguay auf Wolle und Wollprodukte und in Bolivien auf Zinn sowie über 80 Prozent in Venezuela auf Erdöl und Erdölprodukte.<sup>28)</sup> Angesichts solcher Zahlen liegt es auf der Hand, daß wegen der Dringlichkeit, die benötigten Devisen wenigstens in bisheriger Höhe zu erlösen, eine Verbreiterung des Exportfächers — mit einem nach und nach absolut und relativ steigendem Anteil „neuer“ Ausfuhrwaren — zunächst mit einer Aufrechterhaltung der bisherigen absoluten Werte für die „traditionellen“ Exportwaren einhergehen muß. Maßnahmen zur Förderung der Exportfähigkeit der lateinamerikanischen Länder werden sich daher nicht auf die „neuen“ Waren beschränken können, wenngleich natürlich hier die eigentliche dynamische Aufgabe liegt. Sie werden es um so weniger, als zunächst die Absatzprobleme für die „traditionellen“ Produkte dringlicher sind: wegen der schon genannten Devisensituation und weil bei diesen Produkten neben starken Preisschwankungen auch ein verhältnismäßig schwaches Wachstum des Verbrauchs oder oft eine steigende Konkurrenz von Substitutionsprodukten zu verzeichnen sind. Angesichts dieser Sachlage müssen sich die in Betracht kommenden Maßnahmen auf die Erarbeitung und Erprobung von Methoden konzentrieren, wie die Produktions-, Handels-, Lager- und Transportkosten gesenkt und die Qualitäten verbessert und standardisiert sowie an die Konsumgewohnheiten und den Verbrauchergeschmack

angepaßt werden könnten (Marktforschung, Werbung, erfolgreiche Durchsetzung gegenüber Substitutionsprodukten), alles zunächst mit dem Ziel, den Export der „traditionellen“ Produkte aufrechtzuerhalten, wenn nicht zu erhöhen. Ein besonderer Gesichtspunkt wäre dabei die Erhöhung der Absatzmöglichkeiten auf dem deutschen Markt. Diese Hilfe wird um so erfolgreicher sein, je weniger sie sich darauf beschränkt, nur zu konservieren, und je stärker sie sich in den dynamischen Prozeß der auf den Rohstoffen zu entwickelnden Weiterverarbeitung einschaltet, z. B. die zunächst für Rohkakao zu schaffenden Marketing-Einrichtungen und Instrumente der Kontaktpflege zwischen Erzeugern und Importeuren nach und nach ausgeweitet werden auf Kakaopulver, -butter und Schokolade.

#### DIE SOZIALE KOMPONENTE IM ENTWICKLUNGSPROZESS

Während man in der „naiven Phase“ der Entwicklungshilfe zu Beginn der fünfziger Jahre vor allem in Wirtschaft und Politik noch annahm, daß es genüge, den Entwicklungsländern Investitionsgüter und das technische Wissen zur Verfügung zu stellen, hat sich in der Folge gezeigt, daß auf diese Weise ein sich selbst speisendes und beschleunigendes wirtschaftliches Wachstum nicht erreicht werden kann. Lateinamerika wurde in dieser Zeit zwar um einige Industrierwerke „reicher“, kaum aber reicher in seiner volkswirtschaftlichen Potenz. Inzwischen ist es zu einem entwicklungspolitischen Gemeinplatz geworden, daß der ökonomische Entwicklungsprozeß wegen seines ausgesprochen komplexen Charakters in sehr entscheidendem Maße in sozialen Gegebenheiten und Bedingungen wurzelt.<sup>29)</sup> Wenn, wie oft behauptet wird, für Lateinamerika die nächste Dekade die für die politische Entwicklung entscheidenden Jahre bringen soll, so bedeutet dies auch für die deutsche Entwicklungshilfe die unerbittliche Forderung, alles zu tun, um die Kräfte freizulegen, die Lateinamerika auf Europa hin — geistig, politisch, ökonomisch — zu entwickeln in der Lage ist. Eine Veränderung der Sozialstruktur durch Festigung und Verbreiterung selbständiger Mittelschichten mit dem Ziel, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die Beteiligung an der Gestaltung der sozialen, ökonomischen und politischen Wirklichkeit einem ständig wachsenden Teil der Bevölkerung möglich und von diesem auch gefordert wird, wäre hierfür eine entscheidende Voraussetzung. Trotz aller bisher vollbrachten kulturellen Leistungen ist die bestehende Wirtschafts- und Sozialstruktur<sup>30)</sup>, sind die noch vorhandenen Bastionen des Feudalismus, in dessen Augen z. B. Einrichtungen wie das deutsche Arbeits- und Sozialrecht als Vehikel des Kommunismus erscheinen, nicht haltbar. Es könnte sonst sehr schnell aus dem Feudalismus ein Fidelismus werden.

<sup>27)</sup> Nach Ausführungen des US-amerikanischen Sprechers auf dem DAC-Jahresexamen der USA im Mai 1964 in Paris und dem Bericht des Jeanneney-Ausschusses.

<sup>28)</sup> Vgl. für Brasilien: International Bank for Reconstruction and Development, Document Sec M 63 - 236 (Oktober 1963); Costa Rica: Außenhandelsarchiv, Hrsg. Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Erg.Lfg. 10/1962; Kolumbien: Marktinformationsdienst der Bundesstelle für Außenhandelsinformation Nr. A 650, Köln 1963; Ecuador: Marktinformationsdienst der Bundesstelle für Außenhandelsinformation Nr. A 636, Köln 1963; Honduras: Marktinformationsdienst der Bundesstelle für Außenhandelsinformation Nr. A 508, Köln 1962; Uruguay: International Monetary Fund, Document SM 63/108 (November 1963); Bolivien: International Monetary Fund, Document SM 63/82 (Juli 1963); Venezuela: Marktinformationsdienst der Bundesstelle für Außenhandelsinformation Nr. A 592a, Köln 1963.

<sup>29)</sup> Vgl. auch L. J. Zimmerman, a.a.O., S. 85 ff., und Richard F. Behrendt: „Richtungslose Entwicklungspolitik . . .“, a.a.O., S. 205.

<sup>30)</sup> Vgl. Boris Goldenberg: „Lateinamerika — Reform oder Revolution“, in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 33/63 (14. 8. 1963), S. 20 ff.